

II-- 476 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2741J

1979 -12- 18

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. NEISSER, Dr. ERMACORA  
und Genossen  
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung  
betreffend Vorfälle im "Verein zur Förderung des  
Institutes für Krebsforschung"

Durch eine Reihe von Pressemeldungen (siehe im besonderen die Ausgabe der "Wochenpresse" vom 14.2., 21.2., 28.2., 7.3., 14.3., 28.3., 4.4. und 11.4.1979) wurden problematische Praktiken des "Vereines zur Förderung des Institutes für Krebsforschung" und des damit verbundenen "Österreichischen Krebsforschungsinstitutes" bekannt. Im Mittelpunkt dieser Kritik stand vor allem der genannte Verein, der von Univ.-Prof. Wrba und Rechtsanwalt Dr. Peter Stern initiiert und geleitet wurde. Die unterzeichneten Abgeordneten besitzen über die erhobenen Vorwürfe lediglich Informationen aus Zeitungsberichten, deren Sichhaltigkeit und Richtigkeit sie nach dem gegebenen Informationsstand nicht beurteilen können. Andererseits sind die vorgebrachten Bedenken, vor allem was die mangelnde Kontrolle des Vereines und die teilweise Verwendung von Spendengeldern anbelangt, derart, daß es geradezu unverständlich erscheint, daß bestimmte zuständige Bundesminister hieszu bisher keine Erklärung abgegeben haben. Sollten die vorgebrachten Behauptungen richtig sein, wäre es Pflicht, hier unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um diese Angelegenheit zu klären und in Ordnung zu bringen.

Durch einen in der Ausgabe der Wochenpresse vom 7. November 1979 erschienenen Artikel unter dem Titel "Metastasen unter dem Röntgenschirm" wurde die genannte Angelegenheit abermals in das Rampenlicht der öffentlichen Kritik gerückt. Es erscheint geradezu unverständlich, daß die dadurch betroffenen Mitglieder der Bundesregierung bisher noch nichts zur Klarstellung dieser Angelegenheit in der Öffentlichkeit unternommen haben. Vor allem der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung müßte als Aufsichtsbehörde der Universitäten an der Klärung der beschriebenen Vorgänge interessiert sein.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Schritte haben Sie zur Aufklärung der genannten Vorfälle unternommen?
- 2) Haben Sie als Aufsichtsbehörde in diesem Zusammenhang ein Verfahren eingeleitet?
- 3) Wann wurden Sie erstmals über die in der Einleitung beschriebenen Vorfälle informiert?
- 4) Wer hat Ihnen diese Information gegeben?
- 5) Ist Ihnen der in der "Wochenpresse" vom 7. November 1979 erwähnte erste Teilbericht der Untersuchungskommission der medizinischen Fakultät bekannt?
- 6) Sind Sie bereit, den Inhalt dieses Berichtes den anfragenden Abgeordneten bekanntzugeben?

- 3 -

7) Sind Ihnen Pläne für eine Neugestaltung der Krebsforschung an der medizinischen Fakultät der Universität Wien bekannt?

8) Welche Auffassung haben Sie über diese Pläne?